PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr. 34 15. April 1965 Einzelpreis S 3,-

Tief erschüttert geben wir bekannt, daß Genosse

Ernst Kirchweger

der am 31. März bei der Kundgebung gegen den Nazi-Ungeist an den österreichischen Hochschulen von einer faschistischen Schlägergruppe überfallen und grausam mißhandelt wurde, aus seiner tiefen Bewußtlosigkeit nicht mehr erwacht und am 2.4. 1965 um 11,45 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Wir, denen Genosse Kirchweger als allzeit konsequenter Revolutionär und prinzipientreuer Kommunist besonders nahe stand, werden ihn nie vergessen. Sein Name, der die lange Reihe der Namen der Helden und Märtyrer der österreichischen Arbeiterbewegung fortsetzt, wird für immer eingeschreint bleiben im großen Herzen der Arbeiterklasse.

Sein Tod ist eine unüberhörbare Mahnung an alle Lebenden: Niemals mehr zulassen, daß sich die Geschichte der 1. Republik wiederholt!

Keine Halbheiten, Kompromisse und Unkonsequenzen im Kampf gegen Reaktion und Faschismus!

Schluß mit allen Illusionen und pazifistischen Träumen, während die Arbeiterfeinde zu Mord und Bürgerkrieg rüsten!

Nur der konsequente, revolutionäre Kampf getreu den Lehren von Marx und Lenin kann den Sieg der Arbeiterklasse bringen!

DIE REDAKTION DER "ROTEN FAHNE"

Offene Worte an einem offenen Grab

ZUM MORD AN GENOSSEN ERNST KIRCHWEGER

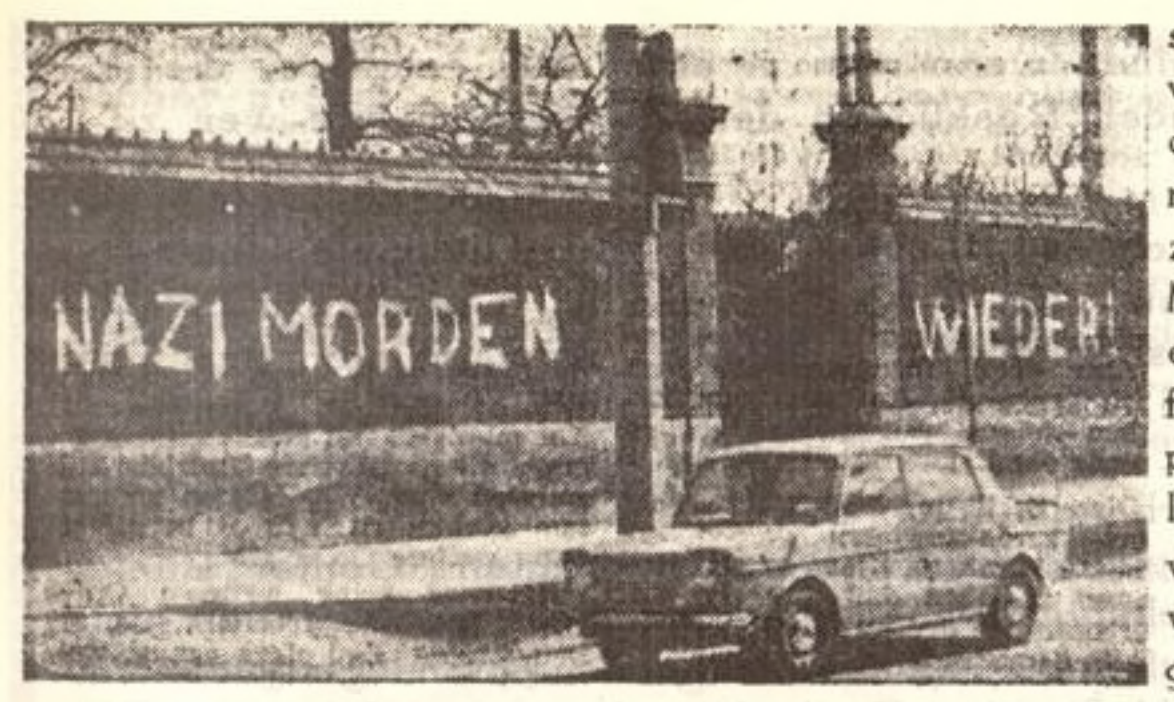
Das Jahr 1965 ist ein besonderes Jahr in der Geschichte der Zweiten österreichischen Republik. Es ist das 20. Jahr des Bestehens dieser Republik. Es ist das 10. Jahr seit Abschluß des österreichischen Staatsvertrages. Und es ist das Jahr des ersten faschistischen Arbeitermordes in der neuen Republik.

Aus Anlaß der 20- und 10-Jahresfeiern werden viele schöne Reden gehalten werden über das, was alles geleistet worden ist, wie gut es heute sei und wie schlecht es damals war, wie herrlich weit wirs gebracht haben. Und auf dem Urnenhain des Zentralfriedhofs wird über einem frischen Grab das Gras wachsen und unter den tausenden Namen, die dort auf stummen Steinen stehen, wird ein neuer sein: Ernst Kirchweger.

Man hat ihm ein schönes Begräbnis bereitet. Sogar manche von jenen sind mitgegangen, die seit Jahren alles tun, um jene Kräfte zu fördern, aus deren Reihen die Mörder hervorgingen. Und die Reden und Artikel, die man anläßlich des Begräbnisses hörte und las, waren voll Pietät und Toleranz. Er hat sie nicht mehr gehört. Vielleicht hätte er sie sich kämpferischer erwartet, wo man ihn doch erschlagen hat. Vielleicht hätte ihn auch das ungewohnte Lob gestört, mit der man seine Person nun förmlich überschüttet hat. Vielleicht wäre er bescheiden - wie es seinem Wesen entsprach - zurückgetreten und hätte gesagt: "Redet nicht soviel von *mir*, Freunde, es hätte ja auch genausogut einer von *Euch* sein können! Und vielleicht *wird* es auch noch mancher von Euch sein, wenn Ihr bloß das Opfer lobt, statt seine *Mörder zu schlagen*!"

Das Vermächtnis dieses Toten an die Lebenden sei die "Einheit aller Österreicher", wurde gesagt und geschrieben. Das ist richtig, wenn man dabei von einer *kämpferischen Einheit wirklicher Antifaschisten* spricht. Aber es ist ein leeres Wort, wenn man damit die formale, unverbindliche Verbeugung meint, die alle möglichen Leute zu allen möglichen Gelegenheiten vor Begriffen wie "Demokratie", "Antifaschismus" und "Patriotismus" zu machen bereit sind.

Im Angesicht des Todes hat die Polemik zu schweigen, hat ein Redner auf der Trauerfeier gesagt. Ist das wirklich so? Ist nicht eben die Tatsache, daß die Dinge bereits bis zum offenen Mord an einem Antifaschisten gediehen sind, ein Grund, nicht mehr zu schweigen, sondern mit tausend Zungen zu reden? Gebietet es die Pietät an der Bahre eines Freundes, der von Faschisten umgebracht wurde, wirklich, darüber zu schweigen, daß führende Regierungspolitiker und prominente Parteiführer ein gerüttelt Maß Schuld daran haben, daß ein solcher Mord überhaupt geschehen konnte - daß die Mörder einer Partei nahestehen, die mit Hilfe von SP-Führern aus der Taufe gehoben und mit Olah-Millionen finanziert wurde - daß der Mord unter den Augen einer Polizei geschah, für die ein SP-Polizeipräsident und ein SP-Innenminister verantwortlich sind? Ist es wirklich ein Verstoß gegen die guten Sitten, wenn man sich angesichts des erschlagenen Genossen daran erinnert, wie gut diese Polizei vor einigen Wochen gegen antifaschistische Jugendliche funktionierte, die vor der US-Botschaft gegen die amerikanischen Bomben auf Vietnam demonstrierten, während sie sich den faschistischen Schlägerbanden gegenüber als so "ohnmächtig" erwies?



Anklage und Mahnung - im Arbeiterbezirk Wien XX.

In den Reden und Artikeln über den Mord an Genossen Ernst Kirchweger wird auch betont, daß dieser erste auch der *letzte* politische Mord in der 2. Republik sein müsse und werde. Sowas darf sich nicht mehr wiederholen und es wird sich auch nicht mehr wiederholen, wird uns versichert. Aber möge man nicht glauben, daß es mit solchen Worten schon getan ist! Man muß die *ganze* Wahrheit erkennen und aussprechen:

> Der Mord an Genossen Kirchweger wird nicht der letzte politische Mord in der Zweiten Republik gewesen sein, wenn sich in Österreich keine *grundlegenden Veränderungen* vollziehen! Mit schönen Worten, guten Vorsätzen und frommen Wünschen kann man die wiedererwachende faschistische Gefahr nicht bändigen, kann man nicht verhindern, daß sie sich morgen weitere Opfer holt!

Riesenhaft und unübersehbar steht die Erfahrung der 1. österreichischen Republik vor uns. Man lese, was in den Zwanzigerjahren angesichts des faschistischen Mordes an dem Wiener Betriebsrat Birnecker gesprochen und geschrieben wurde. Abgesehen von der damals viel revolutionäreren Sprache wird man in der Argumentation kaum Unterschiede finden. Dem Arbeiter Birnecker sind dann die Arbeiter Still, Kowarik und Müller als Opfer der faschistischen Mordbanden gefolgt - mit welchem Recht kann man hoffen, daß es jetzt bei

Aus dem Inhalt:

e i n e m Opfer bleiben wird, wenn man in einer Art reagiert, die sogar hinter den ungenügenden Reaktionen der Zwanzigerjahre weit zurückbleibt?

Zweifellos gibt es zwischen der 1. und der 2.Republik viele Unterschiede. Aber betreffen sie das W e s e n, den K l a s s e n c h a r a k t e r dieser Republik? Als Birnecker, Still und Kowarik von den Faschisten ermordet wurden, feierte die Erste Republik ihr 5.Geburtsjahr, die Zweite Republik hat es bis zum 20.Geburtstag gebracht - ist das ein Trost? Das Überhandnehmen des Faschismus in der 1.Republik erfolgte in den turbulenten Jahren der berüchtigten "Genfer Sanierung", die eine tiefe gesellschaftliche Krise mit sich brachte; der heutige Prozeß des Wiederauflebens faschistischer Gruppierungen vollzieht sich in einer Zeit noch anhaltender Konjunktur, vor dem Hintergrund einer weitgehenden Desinteressierung und Entpolitisierung der Massen, geht daher langsamer vor sich - aber sogar wenn diese Situation anhält: ändert das etwas an der R i c h t u n g der Entwicklung?

Die faschistische Mordtat hat auch einige der sich schon auf Jubiläumsreden und -Artikel vorbereitende Parteifunktionäre aus ihren pazifistischen Kombinationen gerissen. Soeben haben sie noch verkündet, wie unzeitgemäß und überholt die Vorstellungen und Maßstäbe aus der Zeit der 1.Republik seien, wie gründlich sich die Situation geändert hätte - und plötzlich liegt ein Toter zu ihren Füßen. Nach eigenem Zeugnis haben sie an eine solche Möglichkeit nicht mehr geglaubt, mit einer solchen Wendung der Dinge längst nicht mehr gerechnet. Besonders verwundert sind sie darüber, daß es sich bei den neofaschistischen Schlägern, die mit Stahlruten, Bleirohren und Böllern gegen eine Arbeiterdemonstration aufmarschierten, garnicht um alte, "unverbesserliche" Nazis, sondern um j u n g e Leute handelte, die das "Dritte Reich" bestenfalls in den Windeln oder als Kleinkinder erlebt hatten, daher kaum ein "Überbleibsel" aus dieser Zeit sein können. Diese Verwunderung kennzeichnet die ganze Ahnungslosigkeit der von ihr Befallenen, zeigt, wie wenig sie über den Faschismus nachzudenken bereit sind. Im Grunde halten sie ihn für eine längst abgetane, überwundene Sache, eine "Mißbildung" der Vergangenheit, für die speziell Hitler und seine Kumpane verantwortlich seien und die man höchstens noch als "Erbe" und "Restbestand" des Dritten Reichs antreffen könne.

Daß der Faschismus nicht eine einfache Nachwirkung der Hitlerei ist, sondern umgekehrt die Hitlerei nur eine von vielen möglichen Daseinsweisen des Faschismus ist, der eine a k t u e l l e Gefahr darstellt, verstehen sie nicht. Sie verstehen es nicht, weil sie die W u r z e l n und Q u e l l e n des Faschismus nicht erkennen oder erkennen wollen, die nicht in einem bestimmten Land oder in einer bestimmten Zeit liegen, sondern im k a p i t a l i s t i s c h e n S y s t e m - so lange aktuell und gefahrdrohend, als dieses System existiert! Sie sehen nicht, daß faschistische Tendenzen ununterbrochen und immer aufs neue aus allen Poren des Kapitalismus kommen, der sich z w e i e r Formen seiner Herrschaft bedient: der bürgerlichen Demokratie als der verhüllten, demagogisch verbrämten Form und des Faschismus als ihrer offenen, brutal gewalttätigen Form, wobei sich diese Formen nicht nur zeitlich abwechseln, sondern bis zu einem gewissen Grade auch gleichzeitig nebeneinander existieren. Einfacher gesagt: Um seine Klassenherrschaft aufrechterhalten zu können, braucht das Kapital sowohl den Betrug wie auch den Terror, die Kanzel und den Kerker, Zuckerbrot und Peitsche.

So wichtig und wesentlich auch die vielen Brücken sind, die den alten mit dem neuen Faschismus verbinden - der entscheidende Nährboden des Faschismus liegt nicht in der Vergangenheit, sondern in der G e g e n w a r t, in den h e u t e gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und Zuständen!

So bezeichnend und wenig zufällig ihre Durchführung auch war - das Problem der neofaschistischen Gefahr in Österreich geht über die Frage der von Anfang an sabotierten und nie zu Ende geführten "E n t n a z i f i z i e r u n g" weit h i n a u s!

Und so verschiedenartig die Beweggründe der einzelnen Politiker auch sein mögen - insgesamt ist es kein Zufall, kein "Irrtum" und keine Abnormität, wenn faschistische Strömungen und Tendenzen gerade bei den Spitzen des bürgerlichen Staates, in den Vorständen der "staatstragenden" Parteien (sogar bei ehemals von Hitler mehr oder weniger energisch Verfolgten) nicht nur "Verständnis" und wohlwollende D u l d u n g, sondern immer wieder a k t i v e F ö r d e r u n g und Unterstützung finden!

In Österreich hatte der Faschismus seit eh und je nicht nur eine extrem arbeiterfeindliche, sozialreaktionäre, sondern auch eine direkt l a n d e s v e r r ä t e r i s c h e Seite. Aber so charakteristisch das ist und so sehr es die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront erleichtern kann, vergrößert das andererseits nicht nur die Gefährlichkeit



TRAUERFEIER FÜR GENOSSEN ERNST KIRCHWEGER AUF DEM HELDENPLATZ IN WIEN
Unter den Kränzen befindet sich auch ein großer Kranz aus roten Rosen und Nelken mit der Widmung: "Dem unbeugsamen Marxisten - die Redaktion der 'Roten Fahne'"

des Faschismus, sondern vergrößert auch die Gefahr, daß sich ein antifaschistischer Abwehrkampf in österreichisch-nationalistischen Illusionen verliert. Die faschistischen Totschläger und Böllerwerfer, die nun ihre Tätigkeit von Südtirol in die österreichischen Industriegebiete zu verlagern beginnen, sind nicht nur an und für sich gefährlich, sondern sind es vor allem deshalb, weil hinter ihnen ein dichtes Spalier von hochgestellten und einflußreichen Protektoren steht. Und die Masse dieser Wegbereiter und Förderer des Faschismus hat nicht nur den österreichischen Staatsbürgerschaftsnachweis in der Tasche, sitzt nicht nur an hunderten Schaltstellen des österreichischen öffentlichen Lebens, der österreichischen Wirtschaft, der österreichischen Publizistik, des gesamten österreichischen Staats- und Parteienapparates, sondern ist auch bereit, vor dem Begriff des "Österreichertums", der "nationalen Selbständigkeit" usw. einen Kratzfuß zu machen, ja sich im Rampenlicht sogar als besonders "österreichisch" und "demokratisch" zu gebärden!

Unter Marxisten war das früher eine gesicherte, außer aller Diskussion stehende Erkenntnis. Heute wird sie durch die Theorie und Praxis zahnloser Revisionisten mißachtet, die im patriotischen Überschwang völlig vergessen, daß die entscheidende Schlacht gegen den Faschismus an den Fronten des Klassenkampfes geschlagen wird und daß Herz und Seele einer antifaschistischen Volksfront das revolutionäre Proletariat sein muß. Wenn man das nicht begreift und nicht berücksichtigt, sondern alle Grundsätze und besseren Erkenntnisse hintanstellt, um sich auch einige Herren mit klingenden Namen und hohen Titeln "geneigt" zu machen, wird man außerstande sein, eine wirkliche, eine wirklich kampffähige Einheitsfront aller Antifaschisten zu schaffen und wird man schon ganz unfähig sein, die Kommunisten als den notwendigen bewußtesten Kern dieser Front auf ihre verantwortungsvollen Aufgaben vorzubereiten. Dann wird ein wirksamer antifaschistischer Kampf im Geschwätz von "Einheit" und "Patriotismus" ersticken!

Damals und heute

Unzweifelhaft war der Nährboden des Faschismus in der 1.Republik günstiger als zunächst in der 2.Republik - aber ebenso unzweifelhaft ist dieser Nährboden auch heute vorhanden. Und man müßte blind und taub sein, um nicht die alarmierenden Parallelen zu erkennen, die es zwischen damals und heute gibt.

Offensichtlich gibt es heute in Österreich wieder eine beträchtliche Zahl faschistischer Terrororganisationen, die mit der "traditionellen" Ausrüstung - Stahlruten, Totschläger, Böller, Stinkbomben usw. - und den alten Mordmethoden darauf aus sind, sich "durchzusetzen". Auch wenn man es offiziell übersieht, weiß jeder, daß es sich beim Mord an Genossen Kirchweger nicht um einen einzelnen Täter gehandelt hat, sondern um eine ganze Bande, die gleich einer ganzen Reihe anderer Banden seit Jahren am Werk ist und zu immer frecheren Provokationen fortschreitet - vom Gefühl angespornt, von Seiten der Behörden werde ihr schon nichts Ernstliches passieren.

So wie in den Zwanzigerjahren sah die Polizei, der sonst so empfindliche

Hüter der "Ordnung", nicht nur tatenlos zu, wie die Faschisten die Demonstranten mit Böllern, Steinen und Stinkbomben bewarfen, Stahlruten und Totschläger zückten und damit auf die Antifaschisten einhieben, sondern deckten die Provokateure, beschützten sie vor den Demonstranten, sicherten ihren Rückzug und behinderten die Verfolgung der Mörder!

Und so wie seinerzeit in der Ersten Republik setzten zur selben Zeit gewisse "Ordner" auf Seite der Antifaschisten alles daran, diese von einer wirksamen Gegenaktion abzuhalten, sie zu beruhigen, ihnen "Disziplin" und "Besonnenheit" zu predigen. Unter den Antifaschisten war gleich nach dem Beginn der Provokationen die Bereitschaft vorhanden, dem faschistischen Spuk ein Ende zu machen. Wäre geschehen, was die Arbeiter mit sicherem Instinkt sofort als notwendig erkannten, so hätten die Faschisten schon am Ausgangspunkt der Demonstration einen Denkzettel erhalten, der ihren Mut für längere Zeit gekühlt hätte. Aber da griffen etliche "Ordner" ein, allen voran einige Propagandisten des ausschließlich "friedlichen Weges", drängten die Antifaschisten zurück und sicherten den faschistischen Provokateuren damit die Möglichkeit, sich zu neuen, wirksameren Attacken zu formieren. "Die Leitung des Aufmarsches hatte Mühe, die empörten Menschen zum Schweigen zu bringen", schrieb die "Volksstimme" vom 1.April. "Die Ordner zogen zwischen ihnen (den Faschisten) und dem Demonstrationszug eine Kette, um Zusammenstöße zu verhindern", wiederholte sie am folgenden Tag.

Aber kann man auf diese Rolle der "Ordner" stolz sein? Wäre

MIT SAMTHANDSCHUHEN

Am Tage, an dem die faschistischen Schüler des Nazi-Professors Borodajkewycz den Genossen Kirchweger niederschlugen, erschien in der "Volksstimme" ein Leitartikel von Walter Truger, in dem der Verfasser, in die Seele eines Neofaschisten hineinkriechend, mit Argumenten aufwartet, die Borodajkewycz geradezu als einen kleinen Mitläufer erscheinen lassen, den man nun der Menge zum Fraß vorwerfe:

"Während er, der kernige deutsche Mann, von oben jetzt offenkundig im Stich gelassen und zum Teschek gemacht wird, liegt auf den Häuptern der Soldatenbündler segnend die Hand der Regierung. Also können die Anhänger des Professors Borodajkewycz mit gutem Grund fragen: Ist das gerecht?"

Was ist das - eine berechtigte Anklage gegen die SP- und VP-Führung, oder eine Lanze für Herrn Borodajkewycz?

Über den Mordanschlag, dem Genosse Kirchweger am 2.April erlag, berichtete die "Volksstimme" tags zuvor in folgender Form:

> Vor dem Hotel Sacher kam es nach Schlägereien zwischen den beiden Demonstrantengruppen zu einem schweren Unfall. Der 67jährige Rentner Ernst Kirchweger aus Favoriten blieb mit einer schweren Kopfverletzung in einer Blutlache bewußtlos liegen und mußte von der Rettung abtransportiert werden.

Nicht einmal, wer den "Unfall" verschuldet hatte, war dem Zentralorgan der KPÖ zunächst zu entnehmen, womit es sogar hinter der Berichterstattung der "AZ" zurückblieb.

Am 2.April beklagte sich die "Volksstimme" über "das Versagen der verantwortlichen Stellen" (ohne den Namen des kommandierenden Polizeioffiziers zu nennen!), obwohl sie an anderer Stelle selbst feststellte, daß den Mördern das Entkommen durch das Dazwischentreten von Kriminalbeamten ermöglicht wurde. Handelte es sich also um ein bloßes "Versagen"?

Noch war Genosse Kirchweger aufgebahrt, als am 7.April faschistische Elemente eine Ehrung von 70 Nazi-Opfern in Favoriten zum Anlaß nahmen, neuerlich Böller zu werfen. Die "Volksstimme" widmete diesem empörenden Vorfall - fünf Zeilen!

Wem hilft man, wenn man sogar die Ereignisse rund um einen brutalen politischen Mord in so mildem Licht betrachtet ?

nicht Genosse Kirchweger noch am Leben, wenn man den faschistischen Haufen schon bei seinem ersten Angriff bei der Technik auseinandergeblasen hätte?

Welchen von den älteren Genossen stieg nicht die bittere Erinnerung an die 1.Republik auf, wenn er sah, wie hier wieder einige Beruhigungsapostel ihre Kehlen heiser schrien, man dürfe sich "nicht provozieren lassen", während die Faschisten sich hinter ihrem Rücken zu neuen Angriffen sammelten!

Die "Chronik des 31.März" in der "Volksstimme" vom 2.April gehört zu den erschütterndsten Dokumenten dieser Abwiegelungspolitik, die die Angreifer zu immer hemmungsloseren Attacken ermutigt hat. Mit unverkennbarem Stolz auf die eigene "Besonnenheit" und "Zurückhaltung" heißt es hier über die Situation nach den ersten Stinkbombenangriffen der Faschisten:

"Einige Teilnehmer der Kundgebung wollen aus dem Zug springen und mit den Stinkbombenwerfern abrechnen. Sie werden nur mit Mühe von den Ordnern zurückgehalten, die den Teilnehmern der Kundgebung zureden, sich nicht provozieren zu lassen."

Eine Viertelstunde später kommt es beim Hotel Sacher zur zweiten Attacke der Faschisten. Sie kostete Genossen Kirchweger das Leben! Wie schön, daß da die "Volksstimme" angesichts weiterer Angriffe der Faschisten, die mit Böllern vorbereitet werden, schreiben konnte:

"Wieder verhindern die Ordner, daß Arbeiter, Studenten, Schüler aus dem Zug ausbrechen und mit den Nazis handgreiflich werden. Und wenn die Provokateure heilgeblieben sind, verdanken sie es ausschließlich der Disziplin der Kundgebungsteilnehmer, die zahlenmäßig weit überlegen waren."

Die Parallelen zu den Ereignissen in den Zwanzigerjahren zeigen sich schließlich auch im Verhalten der führenden Repräsentanten des Staates und in den Kommentaren der bürgerlichen Presse. Bis hinauf zum Bundeskanzler beeilten sich da höchste staatliche Würdenträger sofort nach dem Mord, den Faschisten an einem Kommunisten verübt hatten, vom Terror zu reden, den die Kommunisten im Oktober 1950 (Oktoberstreik) ausgeübt hätten, Faschisten und Antifaschisten in einen Topf zu werfen, ja den Attackierten die Schuld an der Attacke, der Seite des Ermordeten die Schuld an dem Mord anzulasten. Uns so wie seinerzeit trat auch sofort die ganze widerliche Meute der reaktionären Presse in Aktion, um die Mörder herauszureißen, ihre Spuren zu verwischen und das Mordopfer und seine Genossen zu verleumden. Da hatte doch die "Kronen-Zeitung" die Stirne, die Antifaschisten des Mordes an ihrem eigenen Genossen zu beschuldigen und die Borodajkewycz-Garden als unschuldige Ritter hinzustellen, die bloß mit "Skriptenmappen" die Sicherheit ihrer mit Eisenstangen angegriffenen zarten "Damen" verteidigt hätten! Der "Expreß" sprang sofort in die faschistische Schützenlinie, indem er das Mordopfer als Angreifer zu denunzieren, den Mord als Notwehr auszugeben versuchte. Und die "Presse" des Herrn Molden schrieb am 6.April an die Adresse der Antifaschisten: "Dieser Mortimer starb euch sehr gelegen!", womit sie nicht mehr und nicht weniger zu behaupten wagte, als daß die Antifaschisten sich über die Ermordung ihres Genossen freuten! Die fluchbeladene "Reichspost" hat seinerzeit traurige Berühmtheit erlangt, als sie den Freispruch der Arbeitermörder von Schattendorf als ein klares und gerechtes Urteil feierte, was einer unverhüllten Einladung zu weiteren Arbeitermorden gleichkam. Es scheint, daß sich "Kronen-Zeitung" und "Presse" jetzt um die Nachfolge dieses Schandblattes streiten. Auch an ihrem Beispiel zeigt sich, wie wenig sich seit der 1.Republik geändert hat.

Was aber die Änderungen betrifft, die es seit den Zwanziger- und Dreißigerjahren gegeben hat - sind sie alle positiv? Leider nicht! In der 1.Republik gab es neben der vom Opportunismus und Reformismus zerfressenen Sozialdemokratie immerhin eine Partei, die - auch wenn sie klein war und viele Schwierigkeiten hatte - doch einen klaren Weg zeigte, wirklich revolutionär war und somit, wenn schon nicht die Niederlage verhindern, zumindest imstande war, das revolutionäre Gewissen der Arbeiterbewegung wachzuhalten, ein kampffähiges Zentrum zu bilden und so einen neuen Beginn auf höherer Ebene vorzubereiten. Besteht heute noch eine solche Partei? Wird man der faschistischen Gefahr mit einer Partei begegnen können, die Lenin durch Berta von Suttner ersetzt und sich ausschließlich auf einen "friedlichen Weg" orientiert, während der Staatsapparat immer reaktionärer, die Faschisten immer frecher werden?

Es gibt in Österreich gegenwärtig keine Partei des konsequenten revolutionären Kampfes, der auch die wichtigste Waffe zur Zurückdrängung faschistischer Gefahren ist. Das vergrößert diese Gefahren, vor die sich die österreichische Arbeiterklasse schon in der relativ "ruhigen" Zeit der kapitalistischen Konjunktur und eines relativ "gesicherten" Bestandes der bürgerlichen Klassenherrschaft gestellt sieht. Es macht sie riesenhaft für den Fall tiefgreifender wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Krisen, wie sie der Kapitalismus unvermeidlich hervorbringen wird! Das Fehlen einer konsequent revolutionären Partei vergrößert aber auch die Aufgaben, die schon jetzt vor allen

(Fortsetzung auf Seite 12)

Zum 1. Mai!

Im Gefolge des revisionistischen Kurses der Leisetreterei, des Salonfähigwerdens in der bürgerlichen Gesellschaft und des Verzichts auf "überholte, alte Anschauungen", die nicht mehr in die "heutige Zeit" passen, ist in diesem Jahr erstmalig Hammer und Sichel aus dem Mai-Abzeichen der KPÖ verschwunden!

Das ZK der KPÖ folgt damit dem traurigen Beispiel der ungarischen Revisionisten, die das anstößige Hammer-und-Sichel-Emblem nun ganz offiziell aus dem Staatswappen hinausgesäubert haben. Man sieht, daß es in Ungarn in eine Zukunft geht, zu der Hammer und Sichel nicht mehr passen.

Was Österreich betrifft, stehen wir nun vor der interessanten Situation, daß Hammer und Sichel, welche das bürgerliche Österreich sogar im Staatswappen hat, der KPÖ bereits als nicht mehr gesellschaftsfähig erscheinen.

Und dennoch: Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder! Es lebe der 1.Mai, der internationale Kampftag des revolutionären Proletariats!



Die ersten Böller- und Stinkbombenangriffe

Die Demonstration vor dem faschistischen Überfall



DER MORD AN ERNST KIRCHWEGER



Die Polizei, die in der Boltzmanngasse so zahlreich vorhanden war - hier, gegen die Faschisten, fehlt sie



Di[illegible] zeigen eindeutig, daß es[illegible]ere Täter waren



WIR WERDEN DICH NICHT VERGESSEN, GENOSSE KIRCHWEGER!



Genosse Ernst Kirchweger sucht seinen Mördern zu entkommen, doch sie schlagen unbarmherzig auf ihn ein



Mit schweren Schädelverletzungen, Brüchen und Hiebwunden wird der Bewußtlose vorsichtig weggetragen

(Fortsetzung von Seite 9)

österreichischen Antifaschisten stehen. <u>Den Anfängen gilt es zu wehren!</u> Schon im Keimen muß die faschistische Saat zertreten werden, wenn sie nicht überwuchern soll. Deshalb gilt es, den Kampf mit aller Energie zur Durchsetzung folgender Forderungen zu organisieren:

1) Exemplarische Bestrafung der Mörder Ernst Kirchwegers, ihrer Hintermänner und Helfershelfer; unnachsichtliche Verfolgung und empfindliche Bestrafung der Durchführenden und Drahtzieher aller zukünftiger Formen faschistischer und neofaschistischer Betätigung.

2) Beseitigung der Faschistenzentralen an den österreichischen Hochschulen; Verjagung nicht nur von Borodajkewycz, sondern auch von Pfeifer und aller anderen schwerbelasteten Faschisten von allen Lehrkanzeln; sofortige Entfernung aller Studenten, die sich eine Beteiligung an faschistischen Umtrieben zuschulden kommen lassen.

3) Auflösung aller faschistischen, profaschistischen und militaristischen Organisationen, Verbot aller Kundgebungen und Veranstaltungen, die der Propaganda ihres Ungeistes dienen (Zunächst: Verbot des für 30. Mai in Wiener Neustadt geplanten "Soldatentreffens", bei dem der nächste Mord passieren kann!)

4) Verbot der Herstellung, Einfuhr und Verbreitung der gesamten faschistischen und profaschistischen, militaristischen und großdeutschen Schmutzliteratur, der Soldatenzeitungen, Landserhefte usw.; exemplarische Bestrafung aller Elemente, die gegen diese Verbote verstoßen.

5) Unnachsichtliche Entfernung faschistischer oder profaschistischer Elemente aus dem Staatsapparat: aus Regierungsstellen und Ministerien, aus dem Apparat der Justiz und der Verwaltung, aus den Kommandopositionen in Bundesheer, Polizei und Gendarmerie.

6) Ersetzung des derzeitigen Unterrichtsministers, des Polizeipräsidenten und des Innenministers durch bewährte Antifaschisten.

7) Sicherung einer demokratischen Erziehung der Jugend im Geiste des Antifaschismus und des Bekenntnisses zur österreichischen Nation.

Je früher die arbeitenden Massen unseres Landes die Notwendigkeit solcher weitgehender und energischer Schritte erkennen und unterstützen werden, mit umso weniger Opfern wird der Kampf gegen den neuauflebenden Faschismus geführt werden können. Je langsamer sie diese Notwendigkeit begreifen, je unentschiedener und bescheidener ihre diesbezüglichen Aktionen sein werden, umso zahlreicher und unbescheidener werden die Opfer sein.

F.St.

EINE WERTVOLLE HILFE, DIE UNS JEDER GEBEN KANN

Die "Rote Fahne" ist für jede finanzielle Unterstützung dankbar und braucht diese Unterstützung gerade jetzt sehr dringend. Doch sie weiß auch, daß ihre Leser eine solche Hilfe nicht in gleichem Maß geben können und es manchem Genossen fast unmöglich ist. Jeder Leser aber kann uns helfen, wenn er uns Namen und Adresse zumindest eines Interessenten bekanntgibt, an den wir in den nächsten Wochen Probe-Exemplare versenden können. Nicht wenige solcher Interessenten, auf die uns unsere Leser aufmerksam gemacht haben, sind heute schon Abonnenten und Förderer der "Roten Fahne".

Partisanenaktion gegen die Lügen der



Die Leser der "Kronen-Zeitung", jenes feinen Blattes, das behauptet hatte, der Antifaschist Ernst Kirchweger sei von Widerstandskämpfern, also von den eigenen Genossen, niedergeschlagen worden, sahen sich am Sonntag, den 4. April 1965, plötzlich einer völlig ungewohnten Wahrheitsliebe ihrer Zeitung gegenüber. Als sie die Sonntag-Zeitung bei den bekannten Zeitungskästchen holten, fanden sie dort ein anscheinend reguläres Extra-Blatt der "Kronen-Zeitung" vor, das in Balkenlettern verkündete: "WIR HABEN GELOGEN!" Im darunterstehenden Text wird im Detail ausgeführt, daß durch die Verhaftung und das Geständnis des faschistischen Totschlägers Günther Kümel (den ein Foto als Trommler bei der nazistischen "Schiller-Feier" 1959 zeigt) die lügenhafte Behauptung der "Kronen-Zeitung" über die Schuldigen an der Ermordung Ernst Kirchwegers endgültig widerlegt sei und daß der betreffende Berichterstatter wegen einer ganzen Reihe weiterer Lügen zum gleichen Anlaß bereits entlassen worden sei. Das "Extra-Blatt" zählt diese Lügen Punkt für Punkt auf und gipfelt in dem Versprechen, in Hinkunft nur mehr die Wahrheit zu schreiben, um damit den durch ständige Falschmeldungen erworbenen schlechten Ruf der Zeitung abzubauen.

In einem weiteren Artikel des "Extra-Blattes" werden unter dem Titel "Was geht hinter den Kulissen vor?" die engen Verbindungen beleuchtet, die zwischen den diversen Neonaziorganisationen und ihren Funktionären bis zu Bundeskanzler Klaus und anderen prominenten Politikern existieren und eine Reihe entschiedener Maßnahmen im Kampf gegen die faschistische Gefahr verlangt.

Natürlich riefen etliche über die schonungslose Offenheit und so plötzlich auftretende antifaschistische Gesinnung der "Kronen-Zeitung" perplexe Leser die Redaktion an, die von diesem "Extra-Blatt" keine Ahnung hatte. Sie setzte dann auch sofort ihren ganzen Fuhrpark in Bewegung, um die Kuckuckseier, die man ihr da ins Nest gelegt hatte, raschestens einzusammeln und aus dem Verkehr zu ziehen.

Die offenbar von einer Gruppe tatkräftiger Antifaschisten durchgeführte gelungene Partisanenaktion fand viel Beifall - einige Leute ausgenommen, die schon zu lange die "Kronen-Zeitung" lesen. Leider gelang es vielen Interessenten trotz großer Eile nicht mehr, eines der wahrheitsliebenden "Extra-Blätter" zu ergattern.

DINGE, DIE ZU DENKEN GEBEN

NUR EIN EINZELFALL

Am 10.4. erklärte Bundeskanzler Klaus lt. "Presse":

> **Über die Erklärungen des Professors Borodajkewycz können allein die zuständigen Instanzen urteilen, keinesfalls die Straße und schon gar nicht eine blutige Schlägerei. Die Autonomie und die verfassungsgesetzlich gewährleistete Freiheit der Hochschulen seien zu wertvolle Güter, als daß sie wegen eines einzelnen Falles in Frage gestellt werden könnten.**

Wie unbedeutend sich die Ermordung eines Antifaschisten doch aus der Perspektive eines Bundeskanzlers ausnimmt! Wovon spricht er eigentlich? Von der "Freiheit der Hochschule" oder von der Freiheit des Mordes?

DER BALKEN IM EIGENEN AUGE

In ihrer Ausgabe vom 11. April - nicht zufällig so bald nach dem ersten nazistischen Mord in der 2. Republik - erregt sich die "Arbeiter-Zeitung" darüber, daß es angeblich zwei Minister gebe, die ehemalige Nazis sind - in der DDR! Falls die Meldung der "AZ" diesmal stimmen sollte, pflichten wir ihr insoferne bei, als wir ehemalige Mitglieder der Hitler-Partei in allen Fällen als ungeeignet für Ministerposten halten. Aber daß sich ausgerechnet das Zentralorgan der SPÖ so über die ungenügende Entnazifizierung in anderen Ländern entrüstet? Die "AZ" müßte doch eigentlich wissen, wieviele Minister mit "brauner Vergangenheit" in der österreichischen Koalitionsregierung sitzen. Wir denken dabei nicht nur an den schneidigen SA-Mann von gegenüber, sondern auch an bestimmte SP-Minister! Wir wären zum Beispiel begierig zu erfahren, welche Gefühle etwa der sozialistische Innenminister Czettel hatte, als er den Angriff seines Parteiblattes gegen Minister mit "brauner Vergangenheit" las!

Eine Gruppe von Kommunisten aus der DDR stellt uns den nachstehenden Beitrag zur Verfügung:

„VERSTÄNDIGUNGSFRIEDEN" ZWISCHEN SPD UND SED?

Am 1. September 1964 fand eine Sondersitzung der Volkskammer der DDR anläßlich des 25. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges statt. Der höchste Repräsentant der DDR und Erste Sekretär des ZK der SED Ulbricht hielt ein "stürmisch" beklatschtes Referat, in dem er unter anderem ausführte:

"Alle sozialdemokratischen Mitglieder stehen vor der Frage: Was soll werden? Wir möchten ihnen offen und ehrlich sagen: Im Interesse der Sicherung des Friedens und der Verhinderung der Atomrüstung in Westdeutschland und der Zukunft eines einigen, friedliebenden Deutschlands schlagen wir einen Verständigungsfrieden zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vor!"

Wie stellt sich Genosse Ulbricht diesen "Verständigungsfrieden" vor? Was ist seine "offene und ehrliche" Ansicht über die nochmals zu schaffende Einheitspartei? Man höre und staune: wie 1932 und 1933! Er sagte wörtlich:

"Gemeinsames Auftreten gegen den gemeinsamen Gegner unter Verzicht auf gegenseitige Angriffe von SPD und KPD ... Ungeachtet der verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen schlagen wir das gleiche vor, was der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Rudolf Breitscheid trotz seiner Polemik gegen die Kommunisten im Jänner 1933 in einer öffentlichen Kundgebung vorschlug: Einstellung des Bruderkampfes, um durch gemeinsames Handeln die größte Gefahr, die unserem Volk droht, zu verhindern."

Damals, 1933, sei die größte Gefahr für das deutsche Volk der Faschismus gewesen, erläuterte Ulbricht weiter, heute sei es "die Gefahr der Vernichtung des deutschen Volkes durch einen Atomkrieg". Sind etwa neuerdings die Neo-Hitleristen Bonns keine Gefahr mehr für das deutsche Volk? Und hat sich die Rolle der SPD-Führung gegenüber den Hitleristen auch nur um ein Jota geändert? Stehen sie heute nicht noch weiter rechts als je zuvor?

Ulbricht erwähnt auch die Gefahr des deutschen Militarismus. Aber mit keinem Wort erwähnt er die charakteristische Verbindung zwischen den westdeutschen Militaristen und dem USA-Imperialismus, die heute das Wesentliche ist, weil sie von ihm gehalten und getragen werden. Atombomben besitzt nur der USA-Imperialismus in großer Zahl. Darum kann nur er Atombomben an die Bonner Militaristen im Rahmen der geplanten MLF verkaufen. Wie kann man das übersehen und vergessen?

Genosse Ulbricht meint zu seiner Rechtfertigung, es sei eine "neue Lage eingetreten und neue Aufgaben haben sich daraus ergeben". Es ist dasselbe, was auch Chruschtschow immer wieder beteuerte, wenn er opportunistische Thesen verfocht.

Die wirklich neue Lage besteht aber gerade darin, daß mit dem Erscheinen des modernen Revisionismus in Deutschland die verräterische SPD-Führung neue Hoffnungen auf baldige Errichtung ihrer Agentur in der DDR hegt und das Terrain von Westberlin aus bereits

mit allen Mitteln unterminiert und gefährdet. Es ist unverzeihlich, diesen SPD-Führern, deren letzter Parteitag unter einer riesigen revanchistischen Landkarte tagte, eine "friedliche" ideologische Koexistenz anzubieten.

Heute sind die SPD-Führer nicht nur "bessere" Christdemokraten, sondern sie sind sogar proamerikanischer als die christlichen Ostlandkreuzzugritter Bonns. Heute wird die SPD mit Millionen D-Mark vom bürgerlichen Staat finanziert und ist schon dadurch total von ihm abhängig. Als Dank der "Millionen" für die Millionen haben ihre höchsten Repräsentanten offen und ehrlich das "Eigentum" der Milliardäre für den Fall gesichert, daß man ihnen eine Teilnahme an der "großen Koalition" 1965 des "Volksstaates" Bonn wohltätig erlaubt - ob mit oder ohne Franz Josef Strauß. Das ist die wahre neue Lage!

Und worin bestehen die wirklich neuen Aufgaben für alle Marxisten-Leninisten Deutschlands - unabhängig davon, ob sie am Rhein oder an der Oder, ob sie in Hamburg oder in Dresden, im Schwarzwald oder im Thüringer Wald wohnen? Sie können nur darin bestehen:

1. Den modernen Revisionismus deutscher Prägung in Ost und West schonungslos zu entlarven.

2. Die üblen Machenschaften der prinzipienlosen, antileninistischen Annäherungsversuche der deutschen Revisionisten an die SPD-Führer und andere Herrschaften rechtzeitig zu entlarven, damit es den USA-Imperialisten niemals gelingt, durch ihre "Evolutions"-Politik in Übereinstimmung mit den Bonner Neo-Hitleristen die DDR zu isolieren und dann bei "Nacht und Nebel" im Rahmen der oft erwähnten "Vorwärtsverteidigung" zu vernichten.

3. Den zersetzenden und spalterischen Einfluß der Revisionisten auf die werktätigen Massen Deutschlands zurückzudrängen und im ideologischen Kampf die Kräfte der Marxisten-Leninisten Deutsch-

DAS PROGRAMM DER SP DEUTSCHLANDS

In der Außenpolitischen Resolution des letzten Parteitags der SPD in Karlsruhe am 26.11.1964 wurde die Forderung nach atomarer Bewaffnung des revanchistischen Bonner Staates in folgender Form erhoben:

> Deshalb hält der Parteitag eine von möglichst vielen Mitgliedstaaten des atlantischen Bündnisses getragene Gemeinschaftslösung der atomaren Verteidigungsprobleme für erforderlich, damit nicht das böse Beispiel nationaler Verfügungsgewalt Schule macht und die Allianz zerstört. Eine solche Gemeinschaftslösung, wie sie in der zurzeit in Verhandlung begriffenen multilateralen Streitmacht angestrebt wird, ist infolgedessen ein *wirksames Mittel*, dem nationalen Atomwettrüsten entgegenzutreten und bessere Voraussetzungen für großräumige Vereinbarungen zur Verringerung der Gefahren eines atomaren Konflikts zu schaffen.

Der widerliche Pro-Amerikanismus und die demonstrative Verbrüderung der SPD-Führung mit den offensten Revanchisten, die nicht nur die DDR, sondern auch Teile Polens und der Sowjetunion zurückhaben wollen, erregte sogar das Erstaunen der bürgerlichen "Neuen Zürcher Zeitung", die am 29.11.1964 über die Haltung des SPD-Parteitags folgendes schrieb:

> **Schulterschluß mit Washington als Ziel**
>
> In den *außenpolitischen* Aussprachen auf dem Parteitag ist deutlich geworden, wie sehr die SPD-Führung ein enges *Zusammengehen mit Washington* befürwortet
>
> Vor den Umrissen der Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 auf der Stirnwand des Plenarsaales, rechts oben freischwebend Ostpreußen, und angesichts weiterer Konzessionen an die Vertriebenen oder an andere Gruppen der Bevölkerung regt sich die Frage, ob Anpassung, ja *Opportunismus* in Rücksicht auf Wählerstimmen nicht zu weit getrieben werden.

lands zu s a m m e l n und zu s t ä r k e n .

Die DDR muß den deutschen Marxisten-Leninisten als Basis für den Kampf um ein wiedervereinigtes, sozialistisches Deutschland e r h a l t e n bleiben! Dieses dann entstandene s o z i a l i s t i s c h e Deutschland wird als würdiges Geburtsland der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, einen wichtigen Platz in der Völkerfamilie einnehmen und für die Verteidigung des Weltfriedens bedeutende Beiträge leisten.

Ein sogenannter "Verständigungsfrieden" zwischen SED und SPD in Deutschland aber wäre g e g e n den Weltfrieden, g e g e n den Sozialismus und g e g e n ein wiedervereinigtes, fortschrittliches Deutschland gerichtet.

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

Protest der Bezirksorganisation Ried

Die Bezirksleitung Ried/Innkreis (OÖ) der KPÖ führt schon seit längerer Zeit einen mutigen Kampf gegen den in der Parteiführung immer offener zutagetretenden Revisionismus. Die unmittelbare Folge dieser prinzipienfesten Haltung war, daß die revisionistischen Parteibeamten in Linz den Bezirksobmann der Partei und Gemeinderat von Ried, Genossen Alois M a i e r , aus der Landesleitung entfernten und den Versuch unternahmen, die Rieder Bezirksorganisation als "nicht lebensfähig" aufzulösen bzw. mit den Bezirken Braunau und Schärding zu einem Überbezirk zu verschmelzen, der praktisch unter kommissarischer Verwaltung stehen sollte. Auf diese Weise wäre man mit einem Schlage die ganze "lästige" Rieder Bezirksleitung losgeworden. Daß es zugleich auch das Ende des politischen Lebens der Partei in einem so großen Bezirk bedeutet hätte, war den Revisionisten offensichtlich kein zu hoher Preis.

Doch der Versuch scheiterte. Er scheiterte an der entschiedenen Haltung der Genossen der Rieder Bezirksleitung, vielleicht auch ein bißchen daran, daß solche Genossen wie sie heute nicht mehr allein stehen. Ohne auf die Liquidationsbeschlüsse der Landesleitung zu achten, führten die Rieder Kommunisten im Vorjahr eine Bezirkskonferenz durch, welche die gewählte Bezirksleitung bestätigte und mit der uneingeschränkten Weiterführung der politischen Arbeit beauftragte.

In den Monaten, die seither vergangen sind, hat eine große Zahl prominenter und noch prominenterer Parteifunktionäre, die sich früher in Ried kaum viel blicken ließen, bemerkenswerte Anstrengungen gemacht, sich die Mitglieder und Funktionäre der Rieder Organisation einzeln vorzunehmen, breitzuschlagen und mürbe zu machen. "Entgegenkommenderweise" verzichteten sie sogar auf das Auflösungsprojekt. Auch mit politischer Literatur - mit revisionistischer, versteht sich - wurden die Rieder Genossen reichlich eingedeckt.

Das Ergebnis liegt jetzt vor. Die Rieder Kommunisten, zum Großteil alte, erfahrene Genossen, blieben bei ihrem als richtig erkannten Standpunkt, für den täglich mehr und stärkere Argumente sprechen. Um ihm Nachdruck zu verleihen, hat die Bezirksleitung Ried vor einigen Wochen eine energische P r o t e s t r e s o l u t i o n an die Landesleitung und an das Zentralkomitee ausgearbeitet und beschlossen. Daß diese Resolution in der Folge im ganzen Bezirk kursierte und von einer erdrückenden Mehrheit von Parteimitgliedern u n t e r z e i c h n e t wurde, erhöht ihr politisches Gewicht.

Die Resolution, die im Parteiapparat in Linz und Wien wie ein "Geheimdokument" behandelt wird, hat folgenden Wortlaut:

PROTESTRESOLUTION DER BEZIRKSLEITUNG RIED DER KPÖ

Die Genossen in Ried i.I. sowie die Bezirksleitung der KPÖ begrüßen den Sturz N.Chruschtschows und einiger seiner engsten Mitarbeiter als einen großen Erfolg der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen den modernen Revisionismus und Rechtsopportunismus. Wir sind uns dessen bewußt, daß hiermit noch lange nicht die letzte Schlacht geschlagen ist. Es wird noch lange Zeit gemeinsamer Anstrengungen bedürfen, um den Revisionismus im Weltmaßstab zu beseitigen.

Wir sehen im ersten Atombombenversuch der VR China einen großen Erfolg des gesamten sozialistischen Lagers und aller fortschrittlichen Kräfte im Kampfe für Frieden und Sozialismus, gegen Imperialismus und Revisionismus. Wir beglückwünschen das chinesische Volk und die KP Chinas zu dieser gewaltigen Leistung.

Wir beantragen, daß sich das Zentralkomitee mit den anderen kommunistischen bzw. Arbeiterparteien ausspricht, damit eine neue Kommunistische Internationale aufgebaut wird, als Fortsetzung der gewesenen III. Internationale. Diese Internationale soll die Dachorganisation aller kommunistischen und Arbeiterparteien einschließlich der Parteien Chinas und Albaniens usw. heute sein. Hätte dieses Forum schon existiert, wäre es bestimmt zu keinen derartigen revisionistischen ideologischen Entgleisungen gekommen. In diesem Zusammenhang verurteilen wir auf das Schärfste die Stellungnahme und die daraus resultierenden Handlungen der österreichischen Parteiführung, und auch die der oberösterreichischen Landesleitung, in bezug auf die Absetzung N.Chruschtschows, und die damalige Schreibweise unserer Parteipresse, die sich dabei ein Lob von der kapitalistischen Presse holte, sowie einzelner führender Persönlichkeiten in unserer Partei.

Wir, die Parteimitglieder und die Bezirksleitung von Ried i.I. sind übereinstimmend der Ansicht, daß sich die kommunistische Parteiführung Österreichs von der Basis des Marxismus-Leninismus entfernt hat und sich noch weiter entfernt. Daß sie weiter im revisionistischen Geleise fortfährt, beweist das Neujahrsrundschreiben der oberösterreichischen Landesleitung der KPÖ, in dem neuerlich die Form der Absetzung N. Chruschtschows kritisiert wird. Es wäre zu wünschen, daß bei uns in Österreich auch so viel Parteidemokratie herrschen möge wie in der Sowjetunion. Diesem beschämenden Zustand, in dem sich heute unsere Partei befindet, muß endgültig ein Ende bereitet werden.

Wir Gefertigten stellen daher an die Landesleitung folgende F o r d e r u n g e n :

a) In unserer Partei muß wieder der demokratische Zentralismus einkehren. Alle Ausschlußverfahren der jüngsten Vergangenheit müssen wiederholt und in demokratischem Sinne, dem Parteistatut entsprechend, durchgeführt werden. Alle gemaßregelten und ihrer Funktion enthobenen Genossen müssen wieder in dieselbe eingesetzt werden. Genosse Peter K a m m e r s t ä t t e r muß wieder in die Funktion des oberösterreichischen Landessekretärs zurückgeführt werden.

b) In der Partei muß eine Diskussion breitester Basis eröffnet werden über die Differenzen im sozialistischen Lager wie auch über die dar-

aus resultierenden Folgen in unserer Organisation und überhaupt über die gegenwärtige Lage in unserer Partei. An dieser Diskussion müssen alle Genossen gleichberechtigt teilnehmen dürfen und es muß auch jedem die Möglichkeit gegeben werden, Stellung zu nehmen.

c) Die KPÖ muß wieder einen revolutionären Kampf führen, einen konsequenten Kampf für die sozialen Rechte und Interessen des werktätigen Volkes.

d) Die KPÖ muß einen radikalen und schonungslosen Kampf gegen den Neofaschismus und Monarchismus und alle diese Erscheinungsformen in Österreich führen.

e) Unsere Presse muß tatsächlich wieder die Stimme des Volkes werden, sie muß wieder zu einer unserer stärksten Waffen im Kampf für die obgenannten Forderungen werden. Sie muß schonungslos und selbstkritisch berichten, darf nie wieder die ruhmlose Aufgabe einer Hetzpresse gegen die eigenen Reihen übernehmen. Sie muß tatsächlich wieder das Organ der werktätigen Bevölkerung und aller fortschrittlichen Kräfte unseres Landes werden.

Nur die Erfüllung dieser elementaren Forderungen an eine kommunistische Partei kann die Voraussetzungen für eine Wiedergesundung unserer Organisation bilden. ERST DANN, WENN UNSERE PARTEI WIEDER FEST AUF DER BASIS DES MARXISMUS-LENINISMUS STEHT, WIRD SIE IHREN GROSSEN AUFGABEN, WIRD SIE ALLEN AN SIE GESTELLTEN ANFORDERUNGEN GEWACHSEN SEIN.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Lehrreiche Gemeinderatswahlen

Zu Unrecht haben die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen vom 4. April in Niederösterreich und Vorarlberg in der Presse unserer Partei nur drittrangiges Interesse gefunden, denn die Ergebnisse waren in vieler Beziehung lehrreich.

Wieder gab es empfindliche Stimmenverluste der Partei, die ein direktes Ergebnis der revisionistischen Politik des ZK sind, einerseits dadurch, daß diese Politik den aktivsten Genossen jeden Schwung nimmt und sie in immer mehr Fällen auf die Aufstellung von Kandidaten und auf die damit verbundene Arbeit verzichtet haben, andererseits aber dadurch, daß die Wähler immer mehr das Gefühl bekommen, eine Organisation vor sich zu haben, die sich der SP immer mehr annähert, weshalb man wohl am besten gleich diese wählt. Eine Partei, die so offensichtlich ihr Profil verliert, mehr und mehr weder Fleisch noch Fisch ist, wird wenig Interesse finden und von den großen Parteien stets erdrückt werden. Die Wahlergebnisse zeigen das sehr deutlich:

In Niederösterreich verlor die KPÖ gegenüber den Gemeinderatswahlen von 1960 4.764 Stimmen (von 22.504 auf 17.740) und 35 von den bisher 139 Mandaten, also mehr als ein Viertel aller Mandate!

Daß man aber sogar aus einem solchen Rückschlag einen Erfolg machen kann, bewies die "Volksstimme", indem sie einen Gewinn von 1107 Stimmen buchte. Er ergibt sich papiermäßig, wenn man von all den Gemeinden absieht (34!), in denen die Partei 1960 noch kandidierte, eine eigene Kandidatur aber heuer nicht mehr zustandebrachte. Nach dieser Rechenmethode könnte man sogar einen Stimmengewinn errechnen, wenn die Partei überhaupt nur mehr in einer einzigen Gemeinde kandidiert und im ganzen übrigen Land auf eigene Kandidaten verzichtet.

Lehrreich waren die Wahlen aber auch für die SPÖ. Vor allem das Wahlergebnis in Lustenau (Vorarlberg) ist sehr interessant. Die "Arbeiter-Zeitung" hat es aus irgendwelchen Gründen leider ih-

ren Lesern nicht mitgeteilt.

Ihrer alten unseligen Tradition entsprechend, die mit Helmers Geburtshilfe für den VdU begann, sich über den Versuch einer "kleinen Koalition" mit den Neonazis fortsetzte und vorläufig in den Olahmillionen für die FPÖ gipfelte, hatte die SP in Lustenau nach den Gemeinderatswahlen von 1960 einem FPÖ-Bürgermeister in den Sattel geholfen. Dieser FPÖ-Mann hat inzwischen fest gearbeitet und die Lustenauer "Kleine Koalition" hat ihre Früchte getragen: dieselbe FPÖ, die insgesamt mehr als die Hälfte ihrer Stimmen und Mandate verloren hat, gewann in Lustenau 7 Mandate und ist damit zur weitaus stärksten Partei geworden. Zugleich verlor die SP in Lustenau fast zwei Drittel aller Stimmen und hat statt 3 nur mehr ein einziges Mandat.



INTERNATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU

AGRARFACHMANN CHRUSCHTSCHOW

Chruschtschow hat sich bekanntlich stets gerühmt und rühmen lassen, insbesondere ein kühner Reorganisator und Förderer der sowjetischen Landwirtschaft zu sein. Die von ihm in der sowjetischen Landwirtschaft durchgeführten zahlreichen Maßnahmen fanden bei den Revisionisten ein restlos begeistertes Echo. Wie die Praxis aussieht, zeigte sich bald. Am 26. März 1965 war die total verfahrene Lage der sowjetischen Landwirtschaft neuerlich Gegenstand einer Plenartagung des ZK der KPdSU. Obwohl die beschlossene Resolution die Dinge nicht zu dramatisieren bestrebt ist, heißt es in ihr unter anderem:

In den letzten Jahren wuchs die Landwirtschaft jedoch nicht mehr so rasch. Ihre Entwicklungspläne wurden nicht erfüllt. Die Hektarerträge stiegen langsam, auch die Produktion von Fleisch, Milch und anderen Erzeugnissen hat in dieser Zeit nur unbeträchtlich zugenommen.

Es wurden wenig Mittel für den Bau von Produktionsanlagen, kulturellen Einrichtungen und Dienstleistungsbetrieben bewilligt und die materiell-technische Basis zu wenig gefestigt. Ein großer Schaden wurde der Produktion der Kolchose und Sowchose durch die wiederholte unbegründete Umgestaltung der leitenden Organe zugefügt, was eine Atmosphäre der Verantwortungslosigkeit und der Nervosität bei der Arbeit schuf.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Hebung der Agrikultur, zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit sowie zur richtigen Nutzung der bewässerten und trockengelegten Landflächen wurden nicht getroffen. In vielen Betrieben wurden die Fruchtwechsel verletzt.

Das Plenum des ZK hält es für eine der wichtigsten Aufgaben der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane, die Fehler, die bei der Leitung der Landwirtschaft begangen wurden, schleunigst wiedergutzumachen.

SPIONE - GIBT'S DIE ?

Laut "Presse" vom 9. April 1965 machte vor kurzem der USA-Senator Milton Young, "einer der wenigen Männer in Washington, die die Tätigkeit des amerikanischen Geheimdienstes CIA kennen", einige Mitteilungen über die Methoden dieser Organisation, in die Führungen der Kommunistischen Parteien insbesondere der sozialistischen Länder amerikanische Spione einzuschleusen oder einzelne einflußreiche Funktionäre als Agenten anzuwerben. "Einige KP-Funktionäre, die sich nicht allzusehr dem Kommunismus verkauft hätten, arbeiteten für einen gewissen Preis für die USA", berichtet die "Presse" über Youngs Indiskretionen, der sich unter anderem auch über die hohen Kosten beklagte, die ein solches Agentennetz verursache.

Abgesehen von der bemerkenswerten Art, in der hier schäbige Verräter und skrupellose Schufte als Leute bezeichnet werden, die sich "nicht zu sehr an den Kommunismus verkauft" hätten, also geradezu Ehrenmänner seien, scheint uns die Tatsache interessant, daß hier ein CIA-Mann die Tätigkeit imperialistischer Spione in gewissen KP-Führungen nicht nur zugibt, sondern damit noch renommiert. Wenn man unseren Revisionisten glauben darf, so gibt es in Wirklichkeit doch gar keine solchen Agenten und Spione, sind die diesbezüglichen Prozesse der Vergangenheit doch allesamt Ungesetzlichkeiten und Verbrechen der "Zeit des Personenkults", die schleunigst wieder gutgemacht werden müßten? Wie ist das nun? Waren die so schwerwiegenden Geständnisse einiger Leute vielleicht doch nicht

so ganz aus der Luft gegriffen und die Gestehenden vielleicht doch nicht so unschuldig, wie heute behauptet wird? Oder ist Agententätigkeit und Spionage zugunsten der USA heute nur mehr ein Kavaliersdelikt, dessentwegen man nicht gleich einen Richter braucht?

JUSTIZ IN SÜDVIETNAM

Die Nachrichtenagentur UPI berichtete am 15. März über eine "drakonische Maßregelung vietnamesischer Pazifisten" durch das südvietnamesische Marionettenregime. In Saigon waren im Februar drei Friedensfreunde, Professor Ton That Duong, der Journalist Cao Minh Chiem und ein Doktor Pham Van Huyen, verhaftet worden, weil sie 358 Unterschriften unter eine Petition gesammelt hatten, die sich für einen Waffenstillstand in Südvietnam einsetzte. Um diesen Frevel gebührend zu bestrafen, ließen sich die südvietnamesischen Kumpane der USA etwas besonderes einfallen. Sie beschlossen, die Unterschriftensammler strafweise nach Nordvietnam zu senden und zwar mit einem Flugzeug, aus dem sie über nordvietnamesischem Gebiet abspringen sollten. Um die Verurteilten zu verhöhnen, wurde auf dem Flugplatz Da Nang sogar eine öffentliche "Abschiedszeremonie" veranstaltet, an der sich auch südvietnamesische Minister beteiligten. Dann brachte ein Transportflugzeug die Friedenspetitionisten programmgemäß über nordvietnamesisches Gebiet und warf sie ab. Bloß eine Kleinigkeit hatte man "vergessen": ihnen Fallschirme mitzugeben. Man zwang sie, ohne diese abzuspringen.

IN ALABAMA MACHT MANS ANDERS

Am 25. März brachte die weiße amerikanische Bürgerrechtskämpferin Viola Greg Luizzo, eine Mutter von 4 Kindern, in ihrem Wagen mehrere Neger nach Selma zurück, die sich an der großen Demonstration nach Montgomery beteiligt hatten. Als sie nur mehr einen Mitfahrer, den Neger Leroy Moton, im Wagen hatte, wurde sie plötzlich von einem anderen PKW überholt, aus dem sie, als die Autos auf gleicher Höhe waren, beschossen wurde. Frau Luizzo erhielt einen Kopfschuß und war sofort tot, der Wagen fuhr noch ein Stück führerlos weiter, kam dann von der Straße ab und wurde schwer havariert. Nur Leroy Moton kam mit leichten Verletzungen davon.

Die Polizei von Alabama schritt sofort ein: Sie verhaftete Leroy Moton, den wichtigsten Tat- und Belastungszeugen des Mordfalles. Einige Ku-Klux-Klan-Mitglieder, die vorübergehend festgenommen worden waren, weil sie ganz offensichtlich am Mord beteiligt waren, wurden gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt.

KNÜPPELCHEN...

Bei der antiamerikanischen Demonstration vor der US-Botschaft in Moskau am 4. März wurde unter anderen auch der chinesische Student Tang Pi Ming von der brutal eingreifenden sowjetischen Polizei mehrfach verletzt. Gemeinsam mit 3 seiner Studienkollegen, die ebenfalls Verletzungen erlitten, wurde er danach in die VR China gebracht, wo er nun im Peking Union Hospital ärztlich betreut wird.

Unser Bild zeigt eine eben in der VR China weilende Delegation der KP Australieens (M.-L.) am Krankenlager Tang Pi Mings, dem sie herzliche Genesungswünsche im Namen der australischen Kommunisten überbringt.



Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101